2020/22 Geschichte

https://shop.jungle.world/artikel/2020/22/die-wiederkehr-der-toten

Viele Opfer der nationalsozialistischen »Euthanasie«-Morde wurden noch nicht würdevoll bestattet

Die Wiederkehr der Toten

Von **Christoph Schneider**

In der südhessischen Stadt Idstein gibt es Auseinandersetzungen um den Umgang mit einem Gebäude, in dem »Euthanasie«-Morde begangen wurden. Deren Opfer sollen möglichst unauffällig umgebettet werden.

Der Versuch der Vitos Rheingau gGmbH, ein leerstehendes Krankenhausgebäude in Idstein/Taunus zu verkaufen, führte 2016 zu geschichtspolitischen Kontroversen. Das Haus gehört historisch zum Kalmenhof, der 1888 als Heim für geistig behinderte Kinder gegründet wurde. Zwischen 1939 und 1945 wurden im Krankenhaus Hunderte von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen im Rahmen der nationalsozialistischen »Euthanasie«-Politik ermordet. Das ist in der Forschung bekannt, weitgehend bedeutungslos ist es jedoch für die heutige Einrichtung und den größten Teil der städtischen Gesellschaft.

> Der Umgang mit den Grabstätten der »Euthanasie«-Opfer drückt eine erhebliche Aggression gegen die Toten aus.

Im Jahr 1987 hat der Landeswohlfahrtsverband (LWV) Hessen – der Alleingesellschafter der Holding Vitos GmbH – hinter dem Krankenhaus ein Mahnmal errichtet, das an die »Opfer der Gewaltherrschaft« im Kalmenhof erinnert. Sechs Jahre zuvor war die Tatgeschichte des Kalmenhofs von einer zivilgesellschaftlichen Initiative zutage gefördert worden. Dabei stellte sich heraus, dass am Hang hinter dem Krankenhaus ein nicht gekennzeichneter Friedhof liegt. Hier wurden zwischen Oktober 1942 und Frühjahr 1945 mindestens 350 Mordopfer beerdigt. Mit der Einweihung des Mahnmals 1987 wurde die Fläche hinter dem Gedenkstein als Kriegsgräberstätte anerkannt. Damit war auch in Idstein die erinnerungspolitische Zeitenwende der achtziger Jahre vollzogen worden: Eine Vielzahl von NS-Gedenkstätten und Mahnmalen in der Bundesrepublik wurden in diesem Jahrzehnt angelegt.

Die Annonce, mit der das Krankenhaus 2016 auf dem Immobilienmarkt angeboten wurde, löste vor Ort Proteste aus, denn sie wurde als Versuch gedeutet, die ohnehin nicht

sonderlich lebendige Gedenkkultur abzuwickeln. Vermutlich war es so nicht gemeint, und um die wirtschaftlichen Interessen mit den geschichtspolitischen Erfordernissen zu harmonisieren, setzte Vitos Rheingau mit Unterstützung der Stadt eine Kommission unter Leitung eines ehemaligen Bürgermeisters ein. Ihr gehörten neben den Geschäftsführern zweier Vitos-Gesellschaften Vertreter verschiedener Parteien des Magistrats, der Leiter der Gedenkstätte Hadamar, ein Kirchenvertreter und eine Publizistin an, die sich gegen den Verkauf ausgesprochen hatte.

In der Folge vertieften sich jedoch die Meinungsverschiedenheiten, über grundlegende historische Sachverhalte ließ sich keine Einigung erzielen. Schließlich erhielten im Herbst 2017 zwei Wissenschaftler – einer davon der Autor – den Auftrag, zu klären, welche Bereiche des Hauses in die Tatabläufe einbezogen waren und ob außerhalb der Kriegsgräberstätte weitere Gräber mit Mordopfern liegen. Der Forschungszeitraum war knapp bemessen, trotzdem enthält der Abschlussbericht vom Juli 2018 klare Angaben. Seitdem hat nicht nur der nominelle Eigentümer der Immobilie und mit ihm der LWV, sondern auch die Stadt Idstein ein Problem.

Ausgewertet wurden neben den Verfahrensakten des Kalmenhof-Prozesses, der direkt nach dem Krieg geführt wurde, auch Akten, anhand derer sich die sechs Jahre dauernde Entwicklung in den achtziger Jahren rekonstruieren ließ, an deren Ende das Mahnmal errichtet wurde. Deutlich wurde, dass die 1987 als Kriegsgräberstätte markierte Fläche nur etwa ein Viertel des historischen Kalmenhof-Friedhofs umfasst – und dass dies damals bereits maßgeblichen Akteuren bekannt war. Die Motive für die optische Verkleinerung der Friedhofsfläche sind brisant: Die Stadt Idstein hatte Anfang der fünfziger Jahre ein Neubaugebiet so zugeschnitten, dass es ein Grabfeld berührte oder überlappte. Der LWV wiederum hatte in den sechziger Jahren ein Dienstwohnhaus auf eine Terrasse am Hang gesetzt, ohne sich um den Friedhof zu kümmern. Ob oder inwieweit dabei Gräber zerstört wurden, ließ sich bislang nicht klären. Für einige Jahre gab es sogar eine Sonderzufahrt zu diesem neuen Gebäude, die den Hang hinab zum Krankenhaus führte und dabei mutmaßlich zwei Grabfelder querte.

Der Umgang mit den Grabstätten drückt eine erhebliche Aggression gegen die Toten aus. Sie korrespondiert mit Solidaritätsbekundungen für Tatbeteiligte unmittelbar nach dem Krieg. Nach dem Urteil der ersten Instanz des Kalmenhof-Prozesses sammelten Bürger der Stadt, darunter ein Pfarrer, Unterschriften zur Unterstützung der verurteilten Tötungsärztin. »Die Kunde von dem Todesurteil«, hieß es in dem Gesuch an die Justizbehörden, habe »in der Bevölkerung von Idstein und Umgebung ungeheures Aufsehen und Entsetzen hervorgerufen.« Jeder hier wisse, »mit welchem Pflichtgefühl und welcher Liebe« die Verurteilte sich für die »ihr anvertrauten Pfleglinge und Patienten eingesetzt« und aufgeopfert habe. »Dieselben haben ihr deshalb auch stets in Dankbarkeit und Vertrauen angehangen«, heißt es in der Petition weiter.

Die meisten »Pfleglinge« unter den Patienten und Patientinnen konnten zu dieser Behauptung allerdings nicht mehr Stellung nehmen, denn sie lagen in den Gräbern am Hang. Aus all dem ergaben sich Gründe, in den achtziger Jahren die Aufklärung nicht zu weit zu treiben. Die Anerkennung der Existenz eines kleinen Grabfelds signalisierte, dass der historische Tatort nicht mehr vollständig ignoriert wurde, verdeutlichte aber zugleich,

dass weder die Landnahme am Hang noch die Geschichte der Solidarisierung mit den Tätern (und damit partiell mit ihren Taten) thematisiert werden würde.

Nachdem verschiedene Gremien beim LWV in Kassel und bei der Stadt Idstein den Forschungsbericht 2018 diskutiert hatten, wurden zunächst Georadaruntersuchungen in Auftrag gegeben. Bei diesem nichtinvasiven Verfahren wird das Echo hochfrequenter elektromagnetischer Signale ausgewertet, um Bodenanomalien zu identifizieren. Die Visualisierung der Messdaten bestätigte die Folgerungen der Historiker: Eine erhebliche Zahl von Skeletten ermordeter Kalmenhof-Opfer befindet sich außerhalb der vom Regierungspräsidium Darmstadt 1987 offiziell genehmigten und mit öffentlichen Geldern finanzierten Kriegsgräberstätte. Sie liegen auf privatem Grund, zum Teil in Privatgärten, zum Teil auf erst vor wenigen Jahren an private Käufer veräußerten Flächen. Wie es dazu kam, möchte weder der LWV noch die Stadt Idstein näher erörtern.

»Wir wollen in dieser Aufarbeitung eine größtmögliche Transparenz«, ließ sich der Vitos-Geschäftsführer Servet Dag nach der Georadaruntersuchung im Juli 2019 zitieren. Tatsächlich werden zurzeit hinter den Kulissen zahlreiche Gespräche mit verschiedenen Grundstückseigentümern geführt. Was zeitweise als Mittel galt, um die Grabfelder zu lokalisieren und so die historischen Ausmaße des Kalmenhof-Friedhofs zu klären, soll nun zum Ausweg aus der Malaise werden: Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V. – er war bereits in den achtziger Jahren involviert – wurde beauftragt, sogenannte Feststellungsgrabungen vorzunehmen. Diese sind für Juni geplant, werden jedoch den Zustand, den sie feststellen, vermutlich sogleich beenden: Mindestens einige der Toten sollen umgebettet werden. Bislang wurde jedoch öffentlich noch kein Wort darüber verloren, wo sie anschließend bestattet werden sollen.

Die zurückhaltende Informationspolitik – die Verantwortlichen nennen es Diskretion – stößt bei manchen auf Unverständnis, schließlich handelt es sich um einen geschichtspolitisch -bedeutenden und sensiblen Vorgang. Auch die Wissenschaft ist nicht fertig mit dem Ort: Eine an den Forschungsbericht anknüpfende Publikation ist in Vorbereitung, und zahlreiche Fragen zum Kalmenhof-Friedhof, zur Form der Beerdigung und zur Zahl der Opfer sind noch offen. Gänzlich ungeklärt ist bislang, was mit dem Krankenhausgebäude geschehen soll. Ein Verkauf steht nicht mehr zur Debatte. Eine lokale Initiative hat den Verein »Gedenkort Kalmenhof e. V.« gegründet und möchte dort einen Erinnerungsort einrichten, stößt damit aber beim Eigentümer auf wenig Gegenliebe.

Stoff für einen solchen Ort wäre reichlich vorhanden: Bislang sind viele Details der fünfjährigen Tatgeschichte im Nationalsozialismus weitgehend unbekannt, darunter auch die Namen der Opfer und die Erfahrungen ihrer Angehörigen. Zudem war der Kalmenhof ein Schauplatz der Auseinandersetzung um die Heimerziehung Ende der sechziger Jahre. Vor allem aber gibt es kaum einen geeigneteren Ort, um die Missachtung der »Euthanasie«-Opfer sowie die Halbheiten und Heucheleien der sogenannten Erinnerungskultur zu dokumentieren, zu studieren und zu diskutieren.

© Jungle World Verlags GmbH